

Bundesweite Mahnwachen

## **Atomkraftgegner fordern Rückkehr zum Atomausstieg**

Jochen Wiemken – Quelle: [www.spd.de](http://www.spd.de) - 14.3.2011

**Rund 2.500 Menschen haben vor dem Kanzleramt in Berlin in großer Betroffenheit über den Atomunfall in Japan gegen den Beschluss der Kanzlerin protestiert, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke (AKWs) nicht zurückzunehmen sondern erst einmal drei Monate zu überprüfen. Kritik kam auch von SPD-Chef Sigmar Gabriel: Er warf Angela Merkel einen taktischen Umgang mit den Ängsten der Menschen vor.**

Vor dem Bundeskanzleramt in Berlin haben am Montagabend rund 2.500 Menschen bei einer Mahnwache gegen die weitere Nutzung der Atomenergie demonstriert. Angesichts der nuklearen Katastrophe in Japan und des gleichzeitigen Festhaltens von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Umweltminister Norbert Röttgen an der Atomkraft als „Brückentechnologie“ hatten die NaturFreunde Deutschlands hier und bundesweit zu rund 400 weiteren Mahnwachen aufgerufen.

### **NaturFreunde Deutschlands werfen der Kanzlerin Verantwortungslosigkeit vor**

Doch bevor der NaturFreunde-Chef Michael Müller zu den Demonstranten sprach, wurde es für kurze Zeit still. Die Menge legte eine Schweigeminute ein für die Menschen, die vom Unheil der Katastrophe in Japan betroffen sind. „Wir sind nicht hierher gekommen, um diese Katastrophe für uns auszunutzen“, sagte Müller. Im Gegenteil, die Menschen seien hergekommen, weil diese Katastrophe, dieser „vermeidbare Unfall“, der Welt hätte erspart werden können.

Müller forderte die Kanzlerin auf, ihren Amtseid ernst zu nehmen und die sieben unsichersten Atommeiler wie Biblis, Brunsbüttel, Krümmel, Isar I, Neckarwestheim und Unterweser in einem ersten Schritt sofort stillzulegen. Die deutschen Atomkraftwerke seien nicht die sichersten der Welt, „deshalb sagen wir abschalten, und zwar so schnell wie möglich“.

Deutschland müsse vor einem GAU, also vor einer atomaren Katastrophe, aussteigen. Jeder vernünftige Mensch könne bei einer ernsthaften Risikoabwägung nur zum Schluss gelangen, umzukehren und das Abschalten der Atommeiler einzuleiten, so Müller: „Die Stunde der Trickser und Täuscher im Dienste der Profitinteressen der Energieversorger ist vorbei!“

## **Gabriel warnt Merkel vor „taktischen Spielchen“**

Auch SPD-Chef Sigmar Gabriel forderte die Kanzlerin und den Umweltminister auf, mit den „berechtigten Ängsten“ der Bevölkerung in Deutschland jetzt keine „taktischen Spielchen“ zu spielen. Merkels Absicht, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in Deutschland für drei Monate bis nach den Landtagswahlen nicht durchzuführen, sei aber eben dies. „Wir wollen kein Moratorium, sondern wir wollen zurück zum Ausstieg und nichts anderes“, sagte Gabriel unter dem Beifall der Demonstranten. "Was wir brauchen, sind Grundsatzentscheidungen und die Rückkehr zum alten Ausstiegsgesetz." Wie Müller forderte auch er die Kanzlerin auf, als ersten Schritt die sieben ältesten Atomkraftwerke, die die neuen Sicherheitsüberprüfungen nicht erfüllen könnten, „sofort und endgültig abschalten“.

„Abschalten, abschalten“-Sprechchöre kamen in der Menge auf. Auf Transparenten standen Forderungen wie: „Solidarität mit Japan – Ausstieg jetzt“ oder „Harrisburg 1979 Tschernobyl 1986 Fukushima 2011 – Wann wird man je verstehen?“.

Als unverantwortlich bezeichnete der frühere Umweltminister, dass sein Nachfolger Röttgen, die von Jürgen Trittin und ihm entwickelten schärferen, neuen Sicherheitsanforderungen für AKWs zurücknahm, als er Umweltminister wurde. Ergebnis sei, dass die AKWs in Deutschland auf der Grundlage von 30 Jahre alten Sicherheitsanforderungen arbeiten würden. Dies sei ein „unverantwortlicher Umgang mit den Sorgen der Menschen in Deutschland“, sagte Gabriel.

## **Gabriel fordert energiepolitische Wende**

Heute gehe es darum, in Erneuerbare Energien, in Energieeinsparung und Energieeffizienz zu investieren. „Und nicht ums Taktieren, wie es die Kanzlerin heute vorgemacht hat“, betonte Gabriel.

An der Mahnwache nahmen neben Sigmar Gabriel, Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit und DGB-Chef Michael Sommer auch die Parteivorsitzenden Claudia Roth (Grüne) und Gesine Löttsch (Die Linke) teil.

## **Anti-Atom-Bewegung plant Massenproteste für endgültigen Atomausstieg**

Unterdessen hat das Anti-Atom-Bündnis für Samstag, den 26. März, in drei bis fünf Großstädten in allen Teilen der Republik, darunter Berlin, Hamburg und Köln, Großdemonstrationen angekündigt. Für den 9. April ist ein weiterer

dezentraler Aktionstag geplant. Am Ostersonntag soll es anlässlich des 25. Jahrestags der Tschernobyl-Katastrophe schließlich an 13 AKWs und Atommüll-Standorten Großdemonstrationen geben.

Es reiche nicht aus, die Laufzeitverlängerungen bis nach den Landtagswahlen auszusetzen, so die Anti-Atom-Bewegung. Sie fordert die endgültige Stilllegung der AKWs und ruft die Bevölkerung dazu auf, jetzt auf die Straße zu gehen und dafür zu sorgen, „dass die Bundesregierung nicht mehr laviieren kann, sondern sich endlich vom Abenteuer Atomkraft verabschiedet.“